

Ä57

# Antrag

**Initiator\*innen:** Steffen Henkensiefken (KV Oldenburg-Land)

**Titel:** Ä57 zu A14: Solidarität mit der Zivilbevölkerung in Palästina, Israel und dem Libanon

**Titel**

**Ändern in:**

Solidarität mit der Zivilbevölkerung in Westasien

**Antragstext**

**Von Zeile 467 bis 474:**

~~4.16 Die bedingungslose und unverzügliche Freilassung aller noch in Gaza festgehaltenen Geiseln (lebend und tot) ist eine eigenständige humanitäre und politische Forderung, die nicht mit der Forderung eines israelischen Rückzugs verrechnet werden darf. Hamas und alle anderen bewaffneten Fraktionen müssen sich entwaffnen und aus jeder politisch-militärischen Rolle in Gaza zurückziehen, wie es der IGC-Haftbefehl gegen Mohammed Deif vom 21.11.2024 (zurückgenommen Februar 2025 nach bestätigtem Tod) wegen Mord, Ausrottung, Folter, Vergewaltigung und Geiselnahme rechtlich begründet.~~

- Die Bundesregierung sollte auf europäischer Ebene prüfen, ob Teile des EU-Israel-Assoziierungsabkommens ausgesetzt werden müssen, falls Israel seine völkerrechtlichen Verpflichtungen weiterhin nicht erfüllt.

**Begründung**

Der Änderungsantrag ersetzt die Forderung nach einer sofortigen vollständigen Aussetzung durch eine differenziertere europäische Prüfung möglicher Maßnahmen. Damit bleibt der politische Druck zur Einhaltung des Völkerrechts bestehen, ohne sich auf eine maximale Eskalationsforderung festzulegen.